

## Roderich Kieseewetter MdB

Platz der Republik  
11011 Berlin  
Telefon 030 227-77594  
Telefax 030 227-76594  
roderich.kieseewetter@bundestag.de  
Internet: www.roderich-kieseewetter.de

Wahlkreisbüro:  
Wellandstraße 58  
73434 Aalen  
Telefon 07361 5249 201  
Telefax 07361 5249 202  
roderich.kieseewetter@wk.bundestag.de



# Kieseewetter kompakt

05/2012

## Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien / Persönliche Notizen

Deutscher Bundestag debattiert über Kürzung der Solarförderung

Die Preise für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie sind in den vergangenen Jahren stark gesunken. Hierdurch kam es in den Jahren 2010 und 2011 zu einem sehr hohen Zubau an neuen Anlagen. Dieser Zubau wurde durch die Absenkung der Vergütung um 15 Prozent zum 1. Januar 2012 verstärkt, da die sich deutlich vor dem Jahreswechsel abzeichnende Höhe der Absenkung erhebliche Vorzieheffekte zum Ende des Jahres 2011 bewirkte.

Trotz dieser Absenkung stellen die derzeitigen Vergütungssätze wegen der fortgesetzt stark gesunkenen Systempreise weiterhin eine Überförderung dar.“ Mit diesen Worten beginnt der von der Bundesregierung eingebrachte „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien“, der an diesem Freitag in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten wurde. Ziel des nun beginnenden parlamentarischen Verfahrens ist es, die Vergütung für Photovoltaikstrom an die gesunkenen Systempreise anzupassen und so die Kosten für die Verbraucher wirksam zu begrenzen. Die christlich-liberale Koalition reagiert damit auf den zuletzt explosionsartigen Zubau von geförderten Solaranlagen. Die sehr kräftigen Förderanreize werden mit der Zielsetzung modifiziert, diesen Zubau auf den vorgesehenen Korridor zurückzuführen, über den immer ein breiter gesellschaftlicher Konsens bestanden hat. Am hohen Stellenwert erneuerbarer Energien als Versorgungsträger

ändert sich mit diesem Gesetzentwurf also nichts. Mit ihren Plänen dokumentiert die Bundesregierung Verlässlichkeit. Sie verzichtet auf einen radikalen Einschnitt bei der Förderung. Denn ein solcher würde nach dem langjährigen massiven Förderengagement die heimische Solarindustrie zugunsten der Konkurrenz aus Fernost abwürgen und Arbeitsplätze im sechsstelligen Bereich vernichten. Auch eine starre Obergrenze sieht das Konzept nicht vor. Es ist außerdem vollkommen richtig, mit der Steuerung stärker bei großen Freianlagen anzusetzen als bei den Dachanlagen, die viele Kleinverbraucher installieren. Mit einem neuen Marktintegrationsmodell werden zudem Anreize gesetzt, innovative Technologien und Vermarktungskonzepte für Photovoltaik-Strom zu entwickeln. Hier ergeben sich neue Chancen für deutsche Unternehmen.

Es sind insbesondere die Privathaushalte und mittelständischen Wirtschaftsunternehmen, die über ihre Stromrechnungen die Förderung der Photovoltaik finanzieren. Würde der Staat jetzt nicht eingreifen, stiegen ihre Energiekosten angesichts einer zwanzigjährigen Vergütungsgarantie für Solarstrom auf lange Sicht unverhältnismäßig. Auch Verbraucherorganisationen haben zuletzt massiv vor dem Anstieg der Energiekosten gewarnt. Diesen Anstieg will die Koalition mit dem nun eingebrachten Gesetz vermeiden. Neben einer Absenkung der Stromvergütung sieht der Gesetzentwurf auch eine Verordnungsermächtigung vor, die es der Bundesregierung ermöglicht, schneller auf Marktveränderungen zu reagieren. Die Verord-

nungsermächtigung der Bundesregierung zur kurzfristigen Absenkung der Photovoltaikstrom-Vergütung wurde auf ein Handeln für sechs Monate befristet. Diese zeitliche Begrenzung ermöglicht schnellere Reaktionen des Gesetzgebers auf gegebenenfalls erneut auftretenden Zubau außerhalb des Zielkorridors. Das wichtigste Anliegen der CDU/CSU-Fraktion war schon im Vorfeld der Einbringung des Gesetzentwurfes die Stärkung des Vertrauensschutzes. Daher wurde das Inkrafttreten der Absenkung für Photovoltaikstrom-Dachanlagen vom 9. März 2012 auf den 1. April 2012 verschoben. Es ist richtig, dass diese Verschiebung zu einem höheren Zubau bei Photovoltaikstrom-Anlagen in der Übergangsphase führen wird. Dieses Ergebnis muss aber in Kauf genommen werden, wenn die christlich-liberale Koalition auch weiterhin für Investitionssicherheit und Verlässlichkeit stehen und das Vertrauen der Bürger und der Unternehmen in den Rechtsstaat erhalten werden soll.

### **Bundestagsdebatte zum Weltfrauentag**

Alljährlich zum Internationalen Frauentag am 8. März findet im Bundestag eine Debatte über den Stand der Gleichberechtigung von Frauen und Männern statt. So auch an diesem Donnerstag. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Phasen des Lebens ist noch nicht immer und überall selbstverständlich gewährleistet. Zugleich bedeutet auch für die Männer der Fortbestand tradierter Geschlechterrollenerwartungen einen Verzicht auf Verwirklichungschancen und Gestaltungsfreiheiten. Die Bundesregierung hat hierzu im letzten Jahr den Ersten Gleichstellungsbericht verabschiedet. Er rückt die strukturellen Unterschiede zwischen Frauen und Männern im Lebenslauf in den Vordergrund und arbeitet die gleichstellungspolitischen Erfordernisse in Deutschland systematisch auf, so dass Ursachen benannt werden können. Diese befinden sich meist an den Übergängen zwischen Lebensphasen. Gerade bei der Entscheidung für eine familienbedingte Erwerbsunterbrechung offenbart sich, dass Chancen und Risiken an den Knotenpunkten im Lebensverlauf zwischen Mann und Frau noch immer recht ungleich verteilt sind. Eine zukünftige Gleichstellungspolitik muss daher dynamisch gedacht werden, sie ist nicht mehr nur als Querschnitts-, sondern auch als Längsschnittsaufgabe zu betrachten. In ihrem Antrag fordert die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung auf, einen Rahmenplan zur gleichberechtigten

Teilhabe von Frauen und Männern in allen Phasen des Lebensverlaufs auszuarbeiten und Maßnahmen zu treffen, um Geschlechterungerechtigkeiten im Lebenslauf abzubauen. Ursachen von Entgeltunterschieden müssen weiter erforscht und Bereiche mit Handlungsbedarf identifiziert werden. Karrierewege für Frauen sollen systematisch geöffnet werden, um die Unterbesetzung von Frauen in Führungspositionen zu überwinden. Ebenso soll der Wiedereinstieg ins Berufsleben nach familienbedingten Erwerbsunterbrechungen erleichtert werden. Eine konsistente Gleichstellungspolitik muss kontinuierlich weiterentwickelt und evaluiert werden. Daher wird die Bundesregierung aufgefordert, fortan in jeder Legislaturperiode einen Gleichstellungsbericht vorzulegen. Bundesfrauenministerin Kristina Schröder sah sich in der Debatte zur Geschlechtergerechtigkeit auf einem guten Weg: Auch wenn noch viel zu tun sei, sei das Jahr 2011 ein gutes Jahr für Frauen in diesem Land gewesen. Schröder betonte, die Flexiquoten, die im vergangenen Jahr für die Führungsebenen unter den Vorständen eingeführt worden seien, seien „ein wichtiger Schritt im Ringen um faire Chancen“ gewesen.

### **Organspende wird neu geregelt**

Bei den Gesprächen zur Förderung der Organspendebereitschaft, die auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion hin stattfanden, ist jetzt ein Durchbruch erzielt worden. Die vereinbarte Entscheidungslösung, die alsbald auf den parlamentarischen Weg gebracht werden soll, ist fraktionsübergreifend konsensfähig und lässt sich wie folgt beschreiben: Künftig werden alle Deutschen regelmäßig von ihren Krankenkassen per Post angeschrieben, über die Organspende informiert und zur Abgabe einer Erklärung über ihre Organspendebereitschaft aufgefordert. Dies geschieht erstmalig im Laufe des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes, dann nach weiteren zwei Jahren und nach der Aufforderung im Jahr 2017 alle fünf Jahre. Darüber hinaus sollen die Behörden bei der Ausgabe von amtlichen Ausweisen wie dem Reisepass oder Führerschein Informationen zur Organspende ausgeben. Wichtig ist, dass die Erklärung in jedem Fall freiwillig erfolgt. Es geht nicht um Zwang, sondern darum, die Menschen von der Notwendigkeit zur Organspende zu überzeugen. Insofern besteht auch keine Rückmeldepflicht. Die für die elektronische Gesundheitskarte Verantwortlichen werden per Gesetz beauftragt, Lösungen zu entwickeln, um die Entschei-

dung der Versicherten zur Organspende auf der Karte speichern zu können. Dabei sollen die Krankenkassen ihre Versicherten auch im Rahmen eines postalischen Rückmeldeverfahrens unterstützen können. Bis Mitte 2013 muss dem Bundesministerium für Gesundheit ein entsprechender Bericht zur Umsetzung vorgelegt werden.

### Die Zukunft ist digital

Anlässlich der in dieser Woche stattfindenden weltweit größten Messe der digitalen Industrie CeBIT erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Waiblinger Abgeordnete Joachim Pfeiffer: „Von den 15 führenden IT-Nationen ist unser Land im Vorjahr eine Stufe höher auf Rang sechs geklettert. Angeführt wird die Liste von Südkorea, den USA und Großbritannien. Hierzulande ist vor allem die Digitalisierung von Verwaltungen (E-Government) im internationalen Vergleich noch schwach. Das A und O und damit die Grundlage für den Erfolg der Digitalen Wirtschaft ist das Vertrauen der Nutzer in die Technik und die Datensicherheit. Nur wenn es gelingt, die bestehenden Bedenken auszuräumen, kann das Wachstumspotenzial auch ausgeschöpft werden. Unsere zentralen Zukunftsherausforderungen wie der Umbau der Energieversorgung oder der demografische Wandel sind ohne den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien nicht erfolgreich zu meistern. Ein kontinuierlicher Kommunikationsprozess zwischen Politik und Wirtschaft ist unabdingbar, um die Entwicklung des Internets und der Digitalen Wirtschaft voranzutreiben und für die Herausforderungen der kommenden Jahre gewappnet zu sein. Im Rahmen des Fraktionskongresses ‚Digitale Wirtschaft‘ der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie am 28. März 2012 werden die Herausforderungen und Wachstumspotenziale der Digitalen Wirtschaft diskutiert – Sie sind herzlich dazu eingeladen!“

### Zitat:

«Ich träume davon, dass bald jeder sein eigenes Fach in der Cloud hat.»

(EU-Digitalkommissarin Neelie Kroes am 6.3. in einer Nachricht auf dem Onlineportal Twitter anlässlich der Eröffnung der Computermesse Cebit in Hannover zum Thema Cloud-Computing.)

### Persönliche Notizen

#### 1. Wahlkreis und Land

Das letzte Wochenende war zeichnete sich durch eine Reihe hochwertiger Veranstaltungen aus. Am Freitag feierten wir in Ellwangen in der CDU-Familie den 80. Geburtstag unseres langjährigen Landtagsabgeordneten Staatssekretär a.D. Dr. Eugen Volz. Vor über 30 Jahren, als ich mit meine politischen Aktivitäten in JU und SU Ellwangen angefangen habe, hat er immer die Jugendarbeit unserer Partei großzügig und mit viel persönlichem Einsatz unterstützt.

Der Sportkreis Ostalb feierte am Freitag sein 40jähriges Bestehen in Ellenberg (über 120.000 Mitglieder), der Sportkreis Heidenheim (über 50.000 Mitglieder) traf sich am Samstag in Bolheim. Der Kreisblasmusikverband Ostalbkreis hatte am Sonntag seine Jahresversammlung mit den Vertretern von rund 7000 Mitgliedern. Beim JU Kreisverband Heidenheim gab es einen Stabwechsel von Maximilian Keller an Stefan Briel, hier nahmen auch einige Mitglieder der JU Ostalb teil, schön, wenn wahlkreisweit gut zusammengearbeitet wird. Die Malteser im Ortsverband Aalen hatten am Samstagabend eine beeindruckende Leistungsbilanz bei ihrem Jahrestreffen vorzuweisen.

Überall fällt mir die vorzügliche Jugendarbeit in unserer Region auf, danke allen ehrenamtlich Fleißigen, die sich um unseren Nachwuchs kümmern und sie für die Arbeit an und in unserer Gesellschaft begeistern.

Ein Höhepunkt am Wochenende war der Besuch von Julia Klöckner, der CDU-Vorsitzenden und Oppositionsführerin von Rheinland-Pfalz in Oberkochen. Die gut besuchte Veranstaltung wurde von der CDU Oberkochen prima organisiert. Julia Klöckner hat uns als Union ermutigt, weiterhin für den ländlichen Raum einzutreten und als Volkspartei eine tüchtige Klammer zwischen den Metropolen und dem ländlichen Raum zu bilden. Offensichtlich sind wir die einzige Partei in Baden-Württemberg, die diese Aufgabe ernst nimmt.

Am Montag wurde ich vom Landesvorstand der CDU Baden-Württemberg zum Vorsitzenden des Arbeitskreises Bundeswehr unserer Landespartei gewählt.

## 2. Berlin

Am heutigen Freitag hatte ich die Ehre, mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ein persönliches Gespräch führen zu können. Es ging um die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in unserer Gesellschaft und auf welche Weise der Reservistenverband dazu einen Beitrag leisten kann. Ich werde Sie über die konkreten Ergebnisse unterrichten, wenn diese spruchreif sind.

Am Dienstag nahm ich beim Jahrestreffen der privaten Omnibusunternehmer Deutschlands in Berlin teil. Aus dem Wahlkreis war mit Herrn Rau auch die Firma OVA aus Aalen vertreten, wie auch mein Vorgänger Georg Brunnhuber, gute Gespräche. Ein funktionierender ÖPNV ist auf leistungsfähige Privatunternehmen genauso angewiesen wie auf kommunale Unternehmen, der Wettbewerb muss stimmen.

Am Donnerstag hatte ich meine 36. Rede im Bundestag, dieses Mal zur weiteren Entwicklung des EU-Erweiterungsprozesses für die Länder des Westbalkans, ein Sorgenkind in Europas Süden. Wir müssen Bosnien-Herzegowina, Serbien und den anderen Ländern eine Perspektive in der EU geben, um endlich das Gewaltpotential aus Region zu bekommen. Das ist auch in unserem eigenen deutschen Interesse – denn wenn es dort wieder zu Krieg und Vertreibung käme, müssten wir wie in den 1990er Jahren mit den erheblichen Konsequenzen leben. Sie erinnern sich: Aufnahme von damals ca. 400.000 Flüchtlingen, mehrjährige Stabilisierungsmissionen unserer Bundeswehr, die bis heute andauern, etc. Aber eines ist uns als Union sehr wichtig: Es kann nur eine Aufnahme in die EU geben, wenn die Vorleistung bei guter Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung und gutnachbarschaftlichen Beziehungen stimmt. Das habe ich sehr deutlich gemacht. Die Rede ist zu finden unter: <http://bit.ly/wRq05D>

Auch habe ich am Donnerstag zu meinem Erstauen in der BILD lesen müssen, dass ich auf der sogenannten "Geheimen Gästeliste" des Großen Zapfenstreiches für Christian Wulff stehe, sogar als CSU-Mann! Jedenfalls bin ich sehr froh, aus unserer baden-württembergischen CDU zu stammen. Und: Bei der Veranstaltung war ich gar nicht, so gut ist BILD also doch nicht informiert ;-)

## 3. Sonstiges

Von Samstag bis Dienstag bin ich im Auftrag meiner Fraktion in Afghanistan und versäume damit leider das Lokal-Derby zwischen Heidenheim und Aalen. Bei dem Aufenthalt geht es um Möglichkeiten der beschleunigten Verantwortungsübergabe an die Afghanen. Wir wollen als CDU/CSU-Bundestagsfraktion genau hinsehen, wie die politischen Entscheidungen konkret umgesetzt werden. Mich erwarten Gespräche in Kabul mit politischen Verantwortlichen und in Masar-e Sharif mit Soldaten des deutschen Einsatzkontingentes.

Am 15. März nehme ich an der Lossprechungsfeier unseres Handwerks in Aalen teil.

Am darauf folgenden Wochenende wählen wir in der Bundesversammlung, zu der u.a. alle Bundestagsabgeordneten gehören, den neuen Bundespräsidenten. Kandidaten sind Joachim Gauck, der durch CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne nominiert wurde, sowie Beate Klarsfeld, die durch die Linkspartei aufgestellt wurde.

Am 04. April findet die 4. "Heiße-Eisen-Liste" mit den Ortsvorstehern und Bürgermeistern im Landkreis Aalen in Lauchheim statt. Wir befassen uns dieses Mal mit der B29, der Planung der Deutschen Bahn in der Region, der künftigen Kinderbetreuung sowie der weiteren Planung der Erneuerbaren Energien.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

